

"Mehr Wettbewerb auf der Schiene schafft neue Strecken"

Grüne fordern, dass das Land alle Nahverkehrsleistungen ausschreiben soll - Minister Müller weist Kritik zurück

Von Thomas Durchdenwald
(Stuttgarter Zeitung 4. Mai 2002)

STUTTGART. Die Grünen wollen die Weichen im Nahverkehr auf Wettbewerb stellen. Dadurch erhoffen sie sich eine bessere Qualität und mehr Geld. Der Abgeordnete Boris Palmer träumt von einer Schnellbahn an der B 27 zwischen Tübingen und Stuttgart.

Gestern hat Boris Palmer den Termin im Landtag gerade noch pünktlich erreicht: Der Zug, mit dem der Landtagsabgeordnete aus Tübingen nach Stuttgart fährt, hatte mal wieder Verspätung. Geht es nach dem Verkehrsexperten der Landtagsgrünen, dann sollen solche Missstände bald der Vergangenheit angehören. Seiner Meinung nach soll das Land alle Leistungen im Schienen-nahverkehr so bald wie möglich ausschreiben. Dem stehe aber ein Globalvertrag entgegen, den das Land mit der Deutschen Bahn AG abschließen will. Der Hintergrund: Im Zuge des Stuttgart-21-Projekts streben Land und Bahn einen "langfristigen Verkehrsvertrag" bis 2012 an, der der Bahn die heutige Verkehrsleistung von 53,45 Millionen Zugkilometern garantiert und zudem weitere 2,62 Millionen Kilometer in Aussicht stellt. Das ist insofern bedeutsam, da das Land nach der Bahnreform die Leistungen im Schienennahverkehr bestellt und dafür vom Bund Zuschüsse, die so genannten Regionalisierungsmittel, erhält. Die Leistungen, also der Einsatz der Züge, können ausgeschrieben werden. Auf Grund des Angebots wird dann entschieden, ob die Bahn AG oder andere den Zuschlag erhalten.

Von dieser Möglichkeit hat das Land bereits Gebrauch gemacht, wie auch die Grünen zugeben. Vor allem kleinere Linien sind von Bahnkonkurrenten übernommen worden. Der Wettbewerb habe zu einem besseren Angebot, beispielsweise neueren Zügen und mehr Fahrten, geführt, zu geringeren Preisen und zu steigenden Fahrgastzahlen, da zieht auch Palmer ein positives Fazit. Allerdings hänge Baden-Württemberg der Entwicklung mittlerweile hinterher. Mit der Stuttgart-21-Vereinbarung drohe die Gefahr, dass "Teufel den Wettbewerbszug ganz verpasst", kritisiert Palmer. Damit würden alle Chancen vergeben, attraktivere Angebote zu erhalten und damit Geld für neue Strecken frei zu bekommen, bemängelt der Grüne.

Diese Darstellung hat Landesverkehrsminister Ulrich Müller (CDU) zurückgewiesen. Der geplante Zehnjahresvertrag mit der Bahn bringe Vorteile fürs ganze Land, sagt er. Die Bahn werde die Fahrpläne verbessern, es würden neue Wagen angeschafft und Strecken ausgebaut. Trotz des Vertrags, über dessen Details noch verhandelt wird, seien Ausschreibungen für viele Strecken möglich. Müller: "Wir verschenken nichts, wir gewinnen durch kluge Verhandlungsstrategie." Zumal im Land bereits 20 Prozent des Schienennahverkehrs von Unternehmen erbracht würden, die nicht zur Bahn AG gehörten. "Die Vorwürfe, wir behinderten den Wettbewerb, entbehren jeder Grundlage", sagt Müller.

Die Grünen-Fraktion dringt in einem Landtagsantrag allerdings darauf, dass das Land alle Leistungen im Schienenpersonennahverkehr innerhalb von zehn Jahren ausschreibt. Palmer rechnet damit, dass letztendlich rund 20 Prozent der Mittel, das sind rund 100 Millionen Euro jährlich, eingespart und für den Ausbau des Schienennetzes eingesetzt werden könnten. So seien bessere Takte und mehr Verbindungen möglich, was die Attraktivität für Fahrgäste steigern würde.

Auch die Hoffnung auf neue Trassen hat Palmer noch nicht aufgegeben: etwa zwischen Reutlingen und Engstingen oder zwischen Tübingen und Stuttgart entlang der B 27 - auf dass auch er künftig rascher und pünktlicher die Landeshauptstadt erreiche.